



>>> FÜR SICHERHEIT UND ENTWICKLUNG IN AFGHANISTAN

Union steht zum Afghanistan-Einsatz

Positionspapier des Vorstands der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Beschluss vom 10. September 2007

Der deutsche Einsatz in Afghanistan ist ein Schwerpunkt der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik unseres Landes. Afghanistan darf nicht erneut zu einer Brutstätte für international agierende Terroristen werden, die auch uns bedrohen.

Wiederaufbau statt Terrorismus

Mithilfe von OEF konnte die Schreckensherrschaft der Taliban in Afghanistan beendet und den Terroristen ihre Operationsbasis weitgehend genommen werden. ISAF schafft für den Wiederaufbau ein sicheres Umfeld.

Bis 2001 war Afghanistan durch jahrzehntelangen Bürgerkrieg auf einen Entwicklungsstand des Mittelalters zurückgefallen. Seine Bewohner lebten in Stammesgesellschaften, konnten überwiegend nicht lesen und schreiben und hatten niemals Demokratie erfahren. Afghanistan gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Die Herausforderung konnte also kaum größer sein. Gemessen daran haben wir in den vergangenen sechs Jahren schon wichtige Erfolge erzielt.

Heute gibt es in Afghanistan eine gewählte Regierung und ein Parlament, in dem auch Frauen vertreten sind, und eine Verfassung für Demokratie und Bürgerrechte.

Erste Erfolge beim Wiederaufbau

Nach und nach ist es der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gelungen, in dem zerstörten Land dazu beizutragen, die Infrastruktur mit Straßen, Brücken, Wasserversorgung und Elektrizität wieder herzustellen, Verwaltungen mit aufzubauen und die Lebenssituation der Menschen zu verbessern.

- Inzwischen haben 4 Millionen Afghanen Zugang zu Trinkwasser. Deutschland hat mitgeholfen, dörfliche Wassernetze wieder instand zu setzen, Brunnen zu bauen und Wasserreservoirs anzulegen.
- Mit unserer Unterstützung entstehen Überlandleitungen und Wasserkraftwerke, zunächst zur Stromversorgung von 500.000 Menschen im Norden Afghanistans. Unser Ziel ist es, die insgesamt 29 Millionen Einwohner Afghanistans mit frischem Wasser und mit Strom zu versorgen.
- 6,5 Millionen junge Menschen, darunter ein Drittel Mädchen, können wieder zur Schule gehen. Bisher wurden landesweit 3.500 Schulen gebaut. Über 40.000 Studierende, darunter ein Viertel junge Frauen, sind an den 19 Universitäten des Landes eingeschrieben. Frauen nehmen am öffentlichen Leben teil.
- Wir haben mitgeholfen, Krankenhäuser instand zu setzen. Heute hat die Mehrheit der Afghanen Zugang zur medizinischen Versorgung, dennoch liegt die durchschnittliche Lebenserwartung nur bei 45 Jahren.
- Bis 2010 wird die internationale Staatengemeinschaft den Wiederaufbau in Afghanistan mit rund 30 Milliarden US-Dollar unterstützen, ein Drittel davon spendet die Europäische Union. Deutschland ist mit 900 Millionen Euro beteiligt und damit das viertgrößte Geberland.

Afghanistan braucht unsere Unterstützung, um ein funktionstüchtiger, demokratischer Staat zu werden, der selbst für seine Sicherheit sorgen kann

Mit Afghanistan verbinden uns lange vertrauensvolle Beziehungen, deshalb haben wir eine führende Rolle beim Wiederaufbau Afghanistans übernommen. Seit der ersten Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn im Dezember 2001 hat Deutschland aktiv den politischen Prozess unterstützt, der Afghanistan in eine neue stabile und friedliche Zukunft führen soll.

Dieser Prozess erfordert mehr Zeit, mehr Energie, mehr Geduld und mehr Geld, als noch vor einigen Jahren angenommen. Doch müssen wir Afghanistan so lange zur Seite stehen, bis es für seine eigene Sicherheit sorgen kann und wir sicher sein können, dass von Afghanistan keine Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands mehr ausgeht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält es deshalb für notwendig, die bisher erreichten Fortschritte zu sichern und auszubauen:

Starke Regierung und effiziente Verwaltung

Afghanistan braucht eine starke Regierung, die sich gegen die lokalen Stammesfürsten durchsetzen kann. Es ist wichtig, dass die Regierung Karzai ihren Einfluss auf das ganze Land ausweitet.

Erforderlich ist eine effiziente Verwaltung, die ihre Aufgaben besser als bisher wahrnimmt. Unsere Entwicklungszusammenarbeit muss Afghanistan dabei unterstützen, seine Verwaltungskapazitäten zu stärken, zum Beispiel durch Aus- und Fortbildung der Beamten. So besitzt das Finanzministerium unzureichende Kapazitäten, um schnell und gezielt für die Umsetzung von Hilfsgeldern und Investitionen im Land zu sorgen.

Demokratische Strukturen im Parlament

Auch das neue afghanische Parlament bedarf unserer Unterstützung. Es arbeitet konstruktiv, ist aber im Gesetzgebungsprozess noch zu langsam. Die internationale Gemeinschaft muss ein wachsames Auge haben, damit Errungenschaften wie Frauenrechte oder Medienfreiheit nicht rückgängig gemacht werden. Die demokratischen Strukturen im Parlament müssen durch unsere Unterstützung weiter gestärkt werden - insbesondere durch die Arbeit unserer politischen Stiftungen.

Kampf gegen die Korruption

Dringend erforderlich ist der verstärkte Kampf gegen die Korruption. Unser ganzes Engagement in Afghanistan baut auf der Idee einer nach rechtsstaatlichen Prinzipien funktionierenden afghanischen Zentralregierung auf. In der Realität zeigt sich, dass die grassierende Korruption die Wirksamkeit und Anerkennung der neu aufgebauten afghanischen Staatsstrukturen unterhöhlt.

Ohne eine Strategie zur Korruptionsbekämpfung und Effizienzsteigerung der staatlichen Institutionen kann die afghanische Regierung das Vertrauen ihrer Bevölkerung nicht gewinnen oder die internationale getroffenen Vereinbarungen umsetzen. Daher muss die internationale Gemeinschaft Präsident Karzai hier zu härterem Durchgreifen drängen und ihm dabei den Rücken stärken. Die Entwicklungszusammenarbeit muss die Fähigkeiten der Verwaltung zur Korruptionsbekämpfung durch den Aufbau interner Kontrollmechanismen stärken.

Starke Provinzen – Chancen für die Landbevölkerung

Bisher orientiert sich die Regierungsführung vieler Gouverneure und örtlicher Vertreter der Ministerien kaum an den Bedürfnissen der Bevölkerung auf dem Land. Daher muss die internationale Gemeinschaft zusammen mit den Afghanen darauf hinwirken, dass integre Kandidaten ernannt bzw. offiziell Provinz- und Distrikt-Räte gewählt werden. Auch die Provinzen sollten mit eigenen finanziellen Mitteln ausgestattet werden, z.B. aus dem District Development Funds, um die wichtige lokale Verantwortung zu fördern.

Aufbau einer afghanischen Armee, Polizei und Gerichtsbarkeit

Effektive afghanische Sicherheitsstrukturen sind die wichtigste Voraussetzung für die Reduzierung und schließlich den Abzug der internationalen Truppen. Zur sogenannten Sicherheitssektorreform in Afghanistan gehören der Aufbau einer afghanischen Armee und Polizei sowie eines funktionierenden Justizwesens.

Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe der afghanischen Armee

Bis 2010 sollen 70.000 afghanische Soldaten für die Afghan National Army (ANA) ausgebildet sein. Schon über die Hälfte wurde ausgebildet, doch aufgrund von Fahnenflucht und Ausrüstungsmängeln sind nur 16.000 Soldaten tatsächlich einsatzbereit – eine viel zu geringe Anzahl für die Größe des Landes.

Im Rahmen des NATO-Konzepts der Operational Mentor and Liaison Teams (OMLT) muss die Ausbildung der afghanischen Soldaten daher deutlich verstärkt und ihre Ausrüstung verbessert werden. Die Bundeswehr bildet im Norden afghanische Soldaten aus. In ihrem regionalen Zuständigkeitsbereich sollte sie ihre Anstrengungen verstärken. Dazu gehört auch die Bereitschaft, die ausgebildeten Einheiten in gemeinsame Einsätze zu begleiten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt daher das Vorhaben der Bundesregierung, im Norden den Aufbau der ANA durch zusätzliche Maßnahmen zu unterstützen. Zum Beispiel im Bereich der Verbindungsoffiziere in den OMLTs, durch eine Schule für Militärkraftfahrer und Mechaniker in Kabul, bei der Stärkung eines afghanischen Verteidigungsministeriums sowie durch Unterstützung der Umsetzung des Kooperationsabkommens zwischen der NATO und der afghanischen Regierung zum „capacity building“ der ANA. Für einen nachhaltigen Aufbau von Streitkräften brauchen diese entsprechende Ausbildungseinrichtungen, notwendige Infrastruktur und angemessene Ausstattung.

Polizeiaufbau, Strafverfolgung und Entwaffnung

Die landesweite Ausrüstung und Ausbildung von Afghanen zur Afghan National Police (ANP) gestaltet sich als enorme Herausforderung. Noch ist die ANP bei weitem nicht fähig, ihren Auftrag zu erfüllen. Aufgrund ihrer Schwäche stellt sie ein bevorzugtes Anschlagziel dar und hat auch im Anti-Terror-Kampf weit mehr Verluste als die afghanische Armee erleiden müssen.

Seit 2002 hat Deutschland mit Finanzmitteln in Höhe von 72 Mio. Euro bisher rund 19.000 Afghanen des mittleren und gehobenen Polizeidiensts aus- und fortgebildet.

Um angesichts der genannten Herausforderungen schneller und mehr afghanische Polizisten auszubilden, sollen unsere freiwillig ent-

sandten Polizeibeamten der Bundesländer durch die europäische Mission EUPOL von Polizei- und Rechtsstaatsexperten aus 19 EU- und 6 Drittstaaten unterstützt werden. Deutschland selbst wird seinen Beitrag auf 60 Beamte und um weiteres ziviles Personal erweitern. Gemäß Zeitplan soll die EUPOL-Mission bis Ende März 2008 auf 195 Ausbilder erhöht und die Ausbildung in den Süden, Westen und Norden des Landes dezentralisiert werden.

Jetzt kommt es darauf an, dass von deutscher Seite alles getan wird, die Europäische Polizeimission EUPOL zum Erfolg zu führen. Der Ausbau der afghanischen Polizei einschließlich der Grenzpolizei und dem Aufbau von Spezialkräften etwa zur Terrorbekämpfung muss erheblich verstärkt werden.

Es ist ein wichtiges Signal, dass neben den europäischen Anstrengungen Deutschland auch die Finanzmittel für die bilateralen Bau- und Ausstattungsprojekte für die afghanische Polizei erhöhen wird, zum Beispiel durch den Bau einer Außenstelle der Polizeiakademie Kabul in Mazar-e Sharif. Auch die Bundeswehr hilft im Rahmen der ressortübergreifenden Zusammenarbeit mit 30 Feldjägern, den Aufbau der ANP zu beschleunigen.

Obwohl die Polizei keine Ersatzarmee werden darf, muss über die Verstärkung ihrer Fähigkeiten zur Terrorbekämpfung nachgedacht werden, ähnlich einer Bereitschaftspolizei. Im Bereich der Ausbildung ist eine bessere Abstimmung mit den USA erforderlich.

Um die Korruptionsanfälligkeit des afghanischen Polizeiwesens zu verringern, ist die Einführung der Gehaltsstruktur „Tashkeel“ ein erster Erfolg. Angesichts der Gefahren, die mit dem Armee- und Polizeidienst in Afghanistan verbunden sind, muss der afghanische Staat für einen auskömmlichen Sold sorgen, um sich so der strikten Loyalität seiner neuen Sicherheitskräfte zu versichern.

Kein Erfolg der Polizei ohne funktionierende Justiz

Der Erfolg der Polizeireform ist eng geknüpft an den Erfolg der Justizreform, die die Verfolgung von Unrecht, Menschenrechtsverletzungen und Korruption gewährleisten muss. Noch sind Polizei und Gerichte nicht in der Lage, den Menschen die Rechtssicherheit zu garantieren, die ihnen zusteht. Da in Afghanistan traditionelle Schlichtungsverfahren und die neu errichtete staatliche Gerichtsbarkeit parallel existieren, wird die Modernisierung des Rechtssystems noch lange Zeit in Anspruch nehmen. Davon abgesehen dauert auch in Deutschland die Ausbildung zum Richter oder Staatsanwalt mindestens sechs Jahre. Die internationale Gemeinschaft muss ihre Anstrengungen im Justizaufbau also beharrlich und geduldig fortsetzen.

Menschen- und Bürgerrechte für alle Afghanen

Jahrzehnte von Diktatur und Terror haben die Bevölkerung des Wissens um ihre Rechte und Pflichten beraubt. Deshalb müssen wir als internationale Staatengemeinschaft gemeinsam mit den vor Ort tätigen politischen Stiftungen unsere Anstrengungen für eine umfassende Menschenrechtsbildung der Bevölkerung intensivieren. Es ist ein Meilenstein, dass in der neuen afghanischen Verfassung von 2004 Menschen- und Bürgerrechte verankert sind.

Wir wollen die Rechte von afghanischen Frauen und Mädchen weiter stärken. Neben dem Aufbau einer durchsetzungsfähigen Polizei und einem funktionierenden Justizapparat muss die Überarbeitung

der afghanischen Strafrechtsgesetzgebung vorangetrieben werden. Dabei muss die schwierige Aufgabe gelingen, internationale Menschenrechtsnormen sowie afghanisches Stammesrecht und islamische Wertevorstellungen angemessen zu berücksichtigen.

Zu echten Menschen- und Bürgerrechten gehört auch eine humanitäre Lösung des Flüchtlingsproblems. Seit 2002 sind fast 5 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge nach Afghanistan zurückgekehrt. Seit April 2007 wurden bereits mehr als 100.000 sich illegal im Iran aufhaltende Afghanen von dort abgeschoben. Auch die pakistanische Regierung hat angekündigt, 2,2 Millionen Afghanen bis 2010 in ihre Heimat zurückzuführen. Das wird die Aufnahmekapazität Afghanistans übersteigen. Deutschland hat im Jahre 2007 Projekte zum Schutz und zur Hilfe für Rückkehrer in Höhe von 2 Millionen Euro finanziert. Vor dem Hintergrund der noch ausstehenden zweiten Rückkehrwelle muss die Staatengemeinschaft die Finanzmittel zur Eingliederung der Rückkehrer aufstocken, um eine humanitäre Krise zu verhindern. Die Lösung der Flüchtlingsproblematik ist zudem wesentlich für eine Stabilisierung der unsicheren afghanisch-pakistanischen Grenzregion.

Afghanistan braucht unsere Unterstützung beim Kampf gegen die Drogenwirtschaft

Drogenbekämpfung durch alternative Entwicklung

Der Anbau von Schlafmohn zur Opiumherstellung zählt zu den größten Problemen in Afghanistan, da er unsere Fortschritte bei der Friedensstabilisierung und beim Wiederaufbau des Landes untergräbt. Afghanistan ist der größte Opiumproduzent der Welt. Die hohen Einkünfte aus der Drogenwirtschaft verfestigen außerstaatliche, mafiöse und terroristische Machtstrukturen sowie die bis in hohe Regierungskreise hineinreichende Korruption. Das Netz von Abhängigkeiten der Bauern bzw. ganzer Regionen von der Drogenökonomie, von Zwischenhändlern, Drogenbaronen und Warlords, ist nur schwer zu durchbrechen. Ohne Sicherheit keine Entwicklung und ohne Entwicklung keine Sicherheit – das gilt auch für den Drogenanbau, der dort floriert, wo die Taliban und andere Aufständische am stärksten sind.

Wesentlicher Eckpfeiler für den Erfolg der Drogenbekämpfung in Afghanistan ist daher das Gelingen des Aufbaus einer drogenfreien Wirtschaft, einer korruptionsfreien Verwaltung und der Reduzierung der Armut - insbesondere im ländlichen Raum.

Die Zahl drogenfreier Provinzen wächst

Doch der Kampf gegen den Drogenhandel zeigt Wirkung: Durch regionale Initiativen, wirtschaftliche Anreize für die Landbevölkerung und den Aufbau staatlicher Strukturen für mehr Sicherheit konnte die Zahl der drogenfreien Provinzen in diesem Jahr von 6 auf 13 erhöht werden.

Trotzdem gibt es in Afghanistan noch 21 Provinzen, in denen Mohn angebaut wird, vor allem die Südpvinzen Helmand und Kandahar sowie Nangahar an der pakistanischen Grenze. Die UN-Drogenbehörde hat der afghanischen Regierung das Ziel gesetzt, im Jahr 2008 fünf weitere opiumfreie Provinzen zu schaffen – dann wäre die Hälfte des Landes drogenfrei. Hierbei müssen wir die afghanische Regierung weiterhin beharrlich mit unserem Konzept der entwicklungsorientierten Drogenkontrolle unterstützen!

Legale Landwirtschaft statt Schlafmohnanbau

Die alternative Entwicklung durch außerlandwirtschaftliche Produktionsfelder und den Anbau von Weizen, Zucker, Safran oder Rosen ist weiter zu fördern, auch durch Unterstützung beim Know-How für die Anbautechniken bis hin zu Vermarktung und Export. Mit Mikrokrediten kann die Abhängigkeit der Bauern von den Drogenbossen verringert werden. Für ihre landwirtschaftlichen Produkte benötigen die Bauern Möglichkeiten zur Bewässerung, zur Lagerung und zum Transport. Erst die Nutzungsmöglichkeit von Wasser und Strom oder Straßen befähigt sie zur aktiven Teilnahme am afghanischen Markt. Deshalb ist ein gesicherter Aufbau der Infrastruktur so wichtig.

Die Verwicklung in die Drogenwirtschaft reicht tief in Regierungs- und Verwaltungskreise hinein. Deshalb muss vor allem die afghanische Regierung selbst in Zusammenarbeit mit islamischen Autoritäten und der Bevölkerung das Anbauverbot mit entschlossener Strafverfolgung durchsetzen. Drogenhändler dürfen nicht länger als lokale, wohl-tätige Stützen wahrgenommen werden, sondern sind – auch unter Einbindung lokaler religiöser Autoritäten – als Kriminelle zu verurteilen, die gegen den Koran verstoßen. Heroinlaboratorien müssen zerstört, Opiummärkte geschlossen und Rauschgifttransporte unterbunden werden. Auf diese Weise wird den Aufständischen ihre wichtigste Finanzquelle entzogen und die alternative Landwirtschaft wesentlich attraktiver gemacht.

Der Kampf gegen den Rauschgifthandel funktioniert nur in Kooperation mit den Drogentransitländern Russland, Ukraine, Iran, Pakistan, Türkei und den zentralasiatischen Staaten. Aber auch die Verbraucherländer in Europa und Asien müssen stärker gegen den Konsum vorgehen. Nicht zuletzt muss die internationale Gemeinschaft beim Import von Chemikalien ansetzen, die nach Afghanistan eingeführt werden, um aus Schlafmohn Heroin herzustellen.

Effektive Entwicklungszusammenarbeit

Afghanistan gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Entscheidend für den Erfolg unseres gesamten Engagements ist, dass die Afghanen insbesondere im ländlichen Raum eine zunehmende Verbesserung ihrer persönlichen Lebensumstände wahrnehmen.

Um zu vermeiden, dass die Afghanen die internationalen Soldaten und Helfer als Besatzer empfinden oder sich mangels Perspektiven den Taliban anschließen, sollten wir uns in unserer Aufbauarbeit auf wenige, aber klar definierte und realistische Entwicklungsziele konzentrieren.

Dazu müssen die internationalen Geber, einschließlich der NGOs, mit der afghanischen Regierung an einem Strang ziehen. Es muss nicht nur mehr, sondern vor allem schneller und koordinierter geholfen werden. Damit Entwicklungshilfegelder auch wirksam und gezielt abfließen können, müssen entsprechende Kapazitäten der afghanischen Strukturen aufgebaut und Kontrollmechanismen zur Verhinderung damit einhergehender Korruption eingeführt werden.

Schwerpunkte setzen

Es gilt, Schwerpunkte zu setzen bei der Grundversorgung der Menschen mit Wasser und Strom, dem Aufbau von Straßen und Krankenhäusern sowie legalen Einkommensmöglichkeiten.

Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf das bisher vernachlässigte Südafghanistan, aber auch Südostafghanistan gelegt werden. Das mit der afghanischen Regierung abgestimmte Konzept für Entwicklungsarbeit innerhalb militärisch gesicherter Inseln soll helfen, um die enttäuschte Bevölkerung in den Südprowinzen für den Friedensprozess zurückzugewinnen.

Das BMZ sollte seine Kooperationsprojekte in Abstimmung und Arbeitsteilung mit anderen Gebern auch auf andere Landesteile, insbesondere auf den Südosten Afghanistans ausweiten. Dort könnte an die erfolgreiche frühere afghanisch-deutsche Entwicklungszusammenarbeit der 1970er-Jahre angeknüpft werden. Neben vielen Kleinprojekten brauchen wir auch große sichtbare Projekte im ländlichen Raum des Südens, um der dortigen paschtunischen Bevölkerung eine Zukunftshoffnung zu geben. Ein solches Projekt könnte das von den Niederlanden vorgeschlagene und finanzierte Projekt in Uruzgan sein, was – sofern die Niederländer weiterhin dort die Sicherheit gewährleisten – von der deutschen GTZ durchgeführt werden soll.

Auch der Ausbau des Vorhabens „Wiederaufbau Südostafghanistan“ in den Provinzen Khost, Paktia, Nangarhar und Paktika wäre eine weitere Option. Hierunter wären gegebenenfalls die im Rahmen dieses Vorhabens geförderten Maßnahmen der regionalen Entwicklung und der Rehabilitierung der zum Teil mit deutscher Hilfe errichteten Einrichtungen auf ausgewählte Südprowinzen auszuweiten.

Afghan Ownership

Bei allen Maßnahmen ist es wichtig, dass sich die Afghanen mit diesen identifizieren können. Deshalb müssen wir bei Planung und Umsetzung eng mit lokalen Autoritäten zusammenarbeiten. Insbesondere im ländlichen Raum muss auf hohe Beschäftigungseffekte der Entwicklungsmaßnahmen geachtet werden. Um den lokalen Wirtschaftskreislauf anzukurbeln, sollten so viele Güter und Dienstleistungen für Entwicklungsmaßnahmen wie möglich weiter in Afghanistan eingekauft werden. Nahrungsmittelhilfe muss auf wirkliche Notlagen begrenzt sein, um die Erfolge bei Alternativen zum Mohnanbau nicht zu gefährden.

Afghanistan braucht unsere Unterstützung im Kampf gegen die Taliban und Aufständische

Bildung und Medienfreiheit

Bildung ist das beste Rezept für die Stärkung der demokratischen Entwicklung und gegen religiösen Fundamentalismus. Es ist ein großer Fortschritt, dass sich die Zahl der Schüler gegenüber der Taliban-Herrschaft mehr als verfünffacht und die Zahl der Studierenden verzehnfacht hat. Darauf aufbauend muss sich die Entwicklungszusammenarbeit weiter beim Ausbau der Schul- und Universitätsbildung, der verstärkten Lehrkräfteausbildung, sowie der Erweiterung der Angebote der beruflichen Bildung für Jugendliche und Erwachsene engagieren. Dazu müssen auch zusätzliche Anstrengungen beim Bau von Schulen und Ausbildungszentren gehören.

Ohne freie Presse ist Demokratie nicht möglich, deswegen muss die Medienlandschaft weiter entwickelt werden. Inzwischen berichten knapp 40 staatliche und private Rundfunk- und Fernsehsender über die Entwicklung des Landes.

Regionale Kooperation insbesondere mit Pakistan

Pakistan ist der wichtigste Nachbar Afghanistans. In dem höchst unsicheren gemeinsamen Grenzgebiet entziehen sich Stammesgebiete (Federally Administered Tribal Areas, FATAs) traditionell weitgehend staatlicher Kontrolle und sind damit für die Taliban eine ideale Rückzugs- und Operationsbasis. Um hier Stabilität zu schaffen, ist eine enge Zusammenarbeit beider Regierungen erforderlich. Die erste afghanisch-pakistanische „Friedensjirga“ mit den Präsidenten Karzai und Musharraf war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Auch die internationale Entwicklungszusammenarbeit muss dazu beitragen, dass den rund 3,5 Millionen Einwohnern in den FATAs und der angrenzenden Region Belutschistan schnellstmöglich Bildungsangebote außerhalb der etablierten Koranschulen gemacht und interessante legale Einkommensmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Neben Pakistan müssen auch die anderen Nachbarstaaten Afghanistans kontinuierlich in den Stabilisierungsprozess eingebunden und, sofern erforderlich, auch flankierende Entwicklungsmaßnahmen in den Grenzregionen dieser Länder unterstützt werden.

Afghanistan braucht unsere militärische Unterstützung

Noch geht es in Afghanistan nicht allein um Wiederaufbau, sondern ebenso darum, dass die bewaffneten Kräfte der Taliban oder Al-Qaida nicht wieder die Oberhand gewinnen. Wenn wir die Rückkehr von Gewalt und terroristischen Strukturen verhindern wollen, dürfen wir bei unseren militärischen Anstrengungen nicht nachlassen. Vielmehr brauchen wir Geduld und Ausdauer auf dem langen Weg, Afghanistan in eine friedliche Zukunft zu führen.

Stabilisierung und Wiederaufbau durch ISAF

Die Bundeswehr hat als drittgrößter Truppensteller mit bis zu 3.500 Soldaten Verantwortung für Afghanistans Norden, der rund ein Viertel des afghanischen Territoriums umfasst und ungefähr halb so groß ist wie Deutschland.

In Mazar-E Sharif betreibt die Bundeswehr die Logistikbasis von ISAF für die gesamte Nordregion. In Kunduz und Feyzabad hat sie zwei Provincial Reconstruction Teams (PRT) eingerichtet, aus denen heraus sie mit dem Personal vom Auswärtigen Amt, Innen- und Entwicklungshilfeministerium den zivil-militärischen Ansatz des Wiederaufbaus unterstützt. Zusätzlich ist sie mit Einsatzkräften in der Hauptstadt Kabul präsent. Daher sollte der Einsatz der Bundeswehr auch künftig grundsätzlich – entsprechend dem gültigen Mandat des Bundestages – auf den Norden und Kabul beschränkt bleiben, so wie es zwischen den NATO-Partnern abgesprochen ist. Die zunehmend gespannte Sicherheitslage spricht dagegen, unsere verfügbaren Kräfte – etwa durch Übernahme neuer Aufgaben außerhalb des Kernmandatsgebietes – in einem Raum dieser Größenordnung zu überdehnen.

Dies gilt auch für die Ausbildungsunterstützung der afghanischen Armee. Im Interesse einer nachhaltigen Ausbildung sollte sich die Bundeswehr auf die Betreuung der afghanischen Verbände konzentrieren, die in der Nordregion stationiert sind und eingesetzt werden. Denn auch im Norden ist zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Sicherheitslage eine deutliche Verstärkung der afghanischen Sicherheitskräfte notwendig.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion befürwortet die Zusammenlegung der Mandate ISAF und ISAF-Tornado. So sollte die nötige Flexibilität zu erreichen sein, um die erforderliche Ausbildung der afghanischen Armee im Norden zu verstärken.

Terrorismusbekämpfung durch OEF

Die Terrorismusbekämpfung, der Kernauftrag von OEF, ist noch nicht erfüllt. Diese Aufgabe kann nicht von ISAF übernommen werden. ISAF besitzt weitgehende Befugnisse, um die afghanische Regierung bei der Aufrechterhaltung und Verbesserung der Sicherheit zu unterstützen und den zivilen Wiederaufbau zu schützen. ISAF besitzt aber kein eigenständiges Mandat zur aktiven Bekämpfung von Terroristen. Dies ist vorrangiger Inhalt des OEF-Mandats. Beide Mandate ergänzen sich und sind gemeinsam erforderlich, um in Afghanistan ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau zu schaffen. Ein von Deutschland einseitig erklärter Ausstieg aus OEF, an der unter Führung der USA bislang 34 Nationen mit unterschiedlichen Beiträgen beteiligt sind, würde dazu führen, dass wir künftig keinen Einfluss mehr auf OEF hätten. Es ist daher in unserem Interesse, durch eine Verlängerung des OEF-Mandates den von uns geforderten multilateralen Charakter von OEF zu erhalten. Ein Ausstieg würde weder für die Bevölkerung in Afghanistan noch für die ISAF-Truppen ein Mehr an Sicherheit bedeuten. Damit wäre auch der Ansatz, durch Stabilisierung und Wiederaufbau staatlicher wie gesellschaftlicher Strukturen in dieser Region dem Terrorismus den Boden zu entziehen, gefährdet. Die beiden „robusten“ Mandate sind nicht zuletzt deshalb aufeinander angewiesen, weil die Vereinigten Staaten über OEF den Aufbau der afghanischen Nationalarmee und der Polizei in erheblichem Umfang leisten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält deshalb die Verlängerung des OEF-Mandats für notwendig.

Bei beiden Missionen - ISAF wie OEF - kommt es darauf an, größtmögliche Sorgfalt auf die Vermeidung ziviler Opfer zu legen, auch wenn die Taliban und andere gegnerische Kräfte unschuldige Zivilisten als Schutzschilde für ihre Aktionen missbrauchen. Wir begrüßen daher die entsprechenden Weisungen, die sowohl an die ISAF- und OEF-Truppen ergangen sind und erwarten ihre sorgfältige Umsetzung.

In Afghanistan sorgt die Bundeswehr für unsere Sicherheit

Neue Bedrohungen erfordern eine Anpassung der Sicherheitspolitik. Im Interesse des Schutzes unserer Bürger müssen wir den Gefahren für unsere Sicherheit dort begegnen, wo sie entstehen. Das gilt insbesondere für die Terrorismusbekämpfung, weil wir nicht warten dürfen, bis die Terroristen zu uns kommen. Davor soll uns auch der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan schützen.

Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten unter Einsatz ihres Lebens großartige Arbeit, um in Afghanistan den Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und den Terrorismus zu besiegen. Mit Dank und Anerkennung stellen wir uns daher hinter ihren Einsatz, den wir durch die Verlängerung des ISAF- und des OEF-Mandats politisch unterstützen!

 **CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Norbert Röttgen MdB

Hartmut Koschyk MdB

11011 Berlin

Foto: Bundeswehr